

[DiePresse.com](#) | [Meinung](#) | [Gastkommentar](#) |  [Artikel drucken](#)

## Jenseits von Niko und Super-Alex: Es geht um die Zukunft des ORF

11.01.2012 | 18:25 | HERWIG HÖSELE (Die Presse)

### **Nur ein unverwechselbares öffentlich-rechtliches Profil sichert dem ORF langfristig auch die Gebührenlegitimation.**

Alle reden über Niko, Super-Alex und Laura, eigentlich aber sind es in den letzten Wochen drei Meldungsböcke im Zusammenhang mit dem ORF, die die Dringlichkeit einer seriösen und fundierten Grundsatzdiskussion über die Zukunft eines öffentlich-rechtlichen trimedialen Anbieters in Österreich besonders augenfällig machen: Erstens das höchst merkwürdige Personalpaket, zweitens die angekündigte Gebührenerhöhung und drittens und vor allem der stetige Niedergang der ORF-Fernsehreichweiten.

ORF eins und ORF2 erreichten 2011 einen Marktanteil von nur noch 36,4Prozent, den niedrigsten Wert der TV-Geschichte. 2006 – im letzten von Monika Lindner zu verantwortenden Jahr – waren es noch 47,6Prozent. Der Sehwund ist bei dem mit den gebührenfreien Privatanbietern bis zur Unkenntlichkeit verwechselbaren ORF eins mit nur noch 13,8 Prozent Marktanteil wesentlich größer als bei ORF2, wo eher öffentlich-rechtliche Inhalte geboten werden.

Offensichtlich ist also, dass der Wettlauf mit inhaltlicher Anbiederung an Privatsender nicht zu gewinnen ist, jedoch – genauso wie der Anschein parteipolitischer Personalgeschäfte – den öffentlich-rechtlichen Markenkern irreparabel zu schädigen droht. „Öffentlich-rechtlich“ ist nämlich etwas fundamental anderes als Staats-, Parteien- oder Kommerzrundfunk.

### **Gute Quoten auch mit Qualität**

Öffentlich-rechtlich bedeutet in erster Linie Unabhängigkeit und Qualität, mit der man übrigens, wie viele Beispiele von Info- und Dokusendungen, aber auch anspruchsvoller Unterhaltung und Spielfilmen mit österreichischem „Content“ zeigen, auch gute Quoten erzielen kann. Dazu bedarf es angesichts radikal verschärfter Konkurrenzbedingungen Stabilität und Zivilcourage in den Führungsetagen des ORF und damit die Motivation von großteils hoch qualifiziertem Personal. Dies ist aber mit den jetzigen Strukturen nicht zu erreichen: Jeder Regierungs- und Kanzlerwechsel bringt die Begierde nach genehmen Personalentscheidungen und beeinträchtigt die Kontinuität und kreative Entwicklung der Programmarbeit. Der nach Wahlergebnissen zusammenge- und umbesetzte Stiftungsrat erweist sich daher immer mehr als eine fatale Fehlkonstruktion.

### **Stiftungsrat radikal reformieren**

Abhilfe könnte dadurch geschaffen werden, dass der Stiftungsrat – wie seit Längerem immer wieder vorgeschlagen – radikal verkleinert und nach Ausschreibung mit Medienfachleuten besetzt wird, wobei dieses Gremium zunächst im Parlament mit Zweidrittelmehrheit gewählt und dann in die Unabhängigkeit entlassen wird. Dieselbe Vorgangsweise wäre auch für das Aufsichtsgremium der unabhängigen Medienbehörde zu wählen.

Da der ORF für 2012 626Millionen Euro aus Gebühren plus Refundierung und nur 218Millionen

Euro aus Werbeeinnahmen erwartet, während sich das Gebühren-Werbungs-Verhältnis vor Jahren noch auf fifty-fifty belief, wäre im Interesse einer sauberen Trennung öffentlich-rechtlicher versus private Anbieter ein genereller ORF-Werbeverzicht anzudenken.

Nur ein unverwechselbares öffentlich-rechtliches Profil sichert dem ORF langfristig die Gebührenlegitimation. Dabei sollte aufgrund der technischen Entwicklungen (Videoinhalte über PC, Tablets, Smartphones etc.) von einer ORF-Empfangs- auf eine Haushaltsgebühr, aus deren Erträgen Public Value generell zu fördern wäre, übergegangen werden. So könnte ein klar als öffentlich-rechtliches Leitmedium positionierter ORF seine auch in Zukunft demokratie- und kulturpolitisch unverzichtbare Aufgabe erfüllen.

Prof. Herwig Hösele war Präsident des Bundesrates(ÖVP) und ist Sekretär der Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

© DiePresse.com